

Satzung über das Friedhofs - und Bestattungswesen der Gemeinde Am Mellensee

(Friedhofssatzung)

NEU

Auf Grundlage der §§ 3,28 Abs.2 Nr.9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007(GVBl.I S.286) zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 10.07.2014 (GVBl.I/14[Nr. 32] und des § 34 des Gesetzes über das Leichen-,Bestattungs-und Friedhofswesen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Bestattungsgesetz – BbgBestG) vom 07.November 2001(GVBl.I/01, [Nr. 16] S.226, zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 13. März 2012 (GVBl .I/12, [Nr. 16] hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee in ihrer Sitzung am..... folgende Friedhofssatzung beschlossen.

**§ 1
Geltungsbereich**

Diese Friedhofssatzung gilt für die im Gebiet der Gemeinde Am Mellensee bestehenden Friedhöfe:

1. Friedhof Fernneuendorf
2. Friedhof Gadsdorf
3. Friedhof Klausdorf
4. Friedhof Kummersdorf – Gut
5. Friedhof Kummersdorf-Alexanderdorf
6. Friedhof Mellensee
7. Friedhof Rehagen
8. Friedhof Saalow
9. Friedhöfe Sperenberg

Satzung über das Friedhofs - und Bestattungswesen der Gemeinde Am Mellensee

(Friedhofssatzung)

ALT

Aufgrund der §§ 5,35 Abs.2 Ziffer 10 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl.I.Seite 154), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 22.03.2004 (GVBL I Seite 59 i.V.m. dem Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesens im Land Brandenburg (BbgBestG) vom 07.November 2001 (GVBl.I S.226) und der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Vorschriften in den Gremien, Ämtern und Landkreisen (Bekanntmachungsverordnung –BekanntmV-) vom 01.Dezember 2000 (GVBL.II S. 435) hat die Gemeindevertretung am 07.03.2005 folgende der Friedhofssatzung beschlossen.

**§ 1
Geltungsbereich**

Diese Friedhofssatzung gilt für die im Gebiet der Gemeinde Am Mellensee bestehenden Friedhöfe:

1. Friedhof Fernneuendorf
2. Friedhof Gadsdorf
3. Friedhof Klausdorf
4. Friedhof Kummersdorf – Gut
5. Friedhof Kummersdorf-Alexanderdorf
6. Friedhof Mellensee
7. Friedhof Rehagen
8. Friedhof Saalow
9. Friedhöfe Sperenberg

§ 2
Friedhofszweck

1. Die Friedhöfe sind nichtrechtsfähige Einrichtungen der Gemeinde Am Mellensee.
2. Die Friedhöfe dienen der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Gemeinde Am Mellensee waren. Die Bestattung anderer Personen bedarf einer vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 3
Schließung und Entwidmung

1. Friedhöfe und Friedhofsteile können aus wichtigem öffentlichem Interesse geschlossen oder entwidmet werden. Durch Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen ausgeschlossen. Durch die Entwidmung verliert der Friedhof seine Eigenschaft als öffentliche Bestattungseinrichtung.
Besteht die Absicht der Schließung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt.
2. Schließung und Entwidmung werden öffentlich durch die Friedhofsverwaltung bekannt gegeben.
3. Soweit zur Schließung oder Entwidmung Nutzungsrechte aufgehoben oder im Einvernehmen mit den
Berechtigten abgelöst werden, sind unter ersatzweise Einräumung entsprechender Rechte auch Umbettungen
ohne Kosten für den Nutzungsberechtigten möglich.

§ 2
Friedhofszweck

1. Die Friedhöfe sind nichtrechtsfähige Einrichtungen der Gemeinde Am Mellensee.
2. Die Friedhöfe dienen der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Gemeinde Am Mellensee waren. Die Bestattung anderer Personen bedarf einer vorherigen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Am Mellensee und dem Antragsteller.
3. Bürger die aus gesundheitlichen- oder altersbedingten Gründen ihren Wohnsitz außerhalb der Gemeinde Am Mellensee nehmen mussten behalten ihr Recht auf eine Bestattung im Gemeindegebiet. Sie sind den Einwohnern der Gemeinde gleichgestellt.

§ 3
Schließung und Entwidmung

1. Friedhöfe und Friedhofsteile können aus wichtigem öffentlichem Interesse geschlossen oder entwidmet werden. Durch Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen ausgeschlossen. Durch die Entwidmung verliert der Friedhof seine Eigenschaft als öffentliche Bestattungseinrichtung.

Besteht die Absicht der Schließung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt.
2. Schließung und Entwidmung werden öffentlich durch die Friedhofsverwaltung bekannt gegeben.
3. Soweit zur Schließung oder Entwidmung Nutzungsrechte aufgehoben oder im Einvernehmen mit den
Berechtigten abgelöst werden, sind unter ersatzweise Einräumung entsprechender Rechte auch Umbettungen
ohne Kosten für den Nutzungsberechtigten möglich.

§ 4
Zeitpunkt der Bestattung

1. Im Einvernehmen mit den Angehörigen wird durch die Friedhofsverwaltung Datum und Uhrzeit der Bestattung vereinbart.
2. An Sonn- und Feiertagen finden keine Bestattungen statt.

§ 5
Öffnungszeiten

1. Die Friedhöfe sind von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang geöffnet.
2. Die Friedhofsverwaltung kann aus besonderem Anlass das Betreten eines Friedhofes oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

§ 6
Verhalten auf dem Friedhof

1. Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
2. Kindern unter 10 Jahren ist das Betreten der Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener gestattet.
3. Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,
 - a) das Mitbringen von Tieren (ausgenommen Blindenhunde),
 - b) die Wege mit Fahrzeugen aller Art (eingeschlossen sind Fahrräder) zu befahren soweit nicht eine besondere Genehmigung von der Friedhofsverwaltung erteilt wurde,
 - c) das Rauchen und Lärmen,
 - d) das Verteilen von Druckschriften,
 - e) das Anbieten von Waren aller Art,
 - f) das Ablegen von Friedhofsabfällen außerhalb der hierfür vor-

§ 4
Zeitpunkt der Bestattung

1. Im Einvernehmen mit den Angehörigen wird durch die Friedhofsverwaltung Tag und Stunde der Bestattung vereinbart.
2. An Sonn- und Feiertagen finden keine Bestattungen statt.

§ 5
Öffnungszeiten

1. Die Friedhöfe sind von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang geöffnet.
2. Die Friedhofsverwaltung kann aus besonderem Anlaß das Betreten eines Friedhofes oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

§ 6
Verhalten auf dem Friedhof

1. Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
2. Kinder unter 12 Jahren sollen nach Möglichkeit die Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener betreten.
3. Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,
 - a) das Mitbringen von Tieren,
 - b) die Wege mit Fahrzeugen aller Art (eingeschlossen sind Fahrräder) zu befahren soweit nicht eine besondere Genehmigung von der Friedhofsverwaltung erteilt wurde,
 - c) das Rauchen und Lärmen,

gesehenen Plätze, das Entfernen von Grabschmuck von Fremdgräbern,

- g) Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen,
- h) An Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung, Beisetzung oder Gedenkfeier störende Arbeiten auszuführen.

- 4. Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind spätestens 4 Tage vorher anzumelden.
- 5. Wer den Vorschriften nach Abs. 1 bis 4 zuwiderhandelt, kann des Friedhofes verwiesen werden.

§ 7

Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

- 1. Steinmetze, Bildhauer, Gärtner und Bestatter bedürfen für die dem jeweiligen Berufsbild entsprechende gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen der vorherigen **schriftlichen** Zulassung durch die Friedhofsverwaltung.
- 2. Auf ihren Antrag hin werden nur solche Gewerbetreibende zugelassen, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind.
- 3. Antragsteller des Handwerks haben ihre Eintragung in die Handwerksrolle, Antragsteller des handwerksähnlichen Gewerbes ihre Eintragung in das Verzeichnis gem. § 19 Handwerksordnung und Antragsteller der Gärtnerberufe ihre Eintragung in das Verzeichnis der Landwirtschaftskammer nachzuweisen, dass er selbst oder sein fachlicher Vertreter die Meisterprüfung oder einen vergleichbaren anerkannten beruflichen Abschluss abgelegt hat.
- 4. Sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung anderer als in Abs. 1 genannten Tätigkeiten gestattet werden, wenn dies mit dem Friedhofszweck vereinbar ist. Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 gelten entsprechend.

d) das Verteilen von Druckschriften,

e) das Anbieten von Waren aller Art,

f) das Ablegen von Friedhofsabfällen außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze,

g) Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen.

- 4. Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind spätestens 4 Tage vorher anzumelden.
- 5. Wer den Vorschriften nach Abs. 1 bis 4 zuwiderhandelt, kann des Friedhofes verwiesen werden.

§ 7

Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

- 1. Steinmetze, Bildhauer, Gärtner und Bestatter bedürfen für die dem jeweiligen Berufsbild entsprechende gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung.
- 2. Auf ihren Antrag hin werden nur solche Gewerbetreibende zugelassen, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind.
- 3. Antragsteller des Handwerks haben ihre Eintragung in die Handwerksrolle, Antragsteller des handwerksähnlichen Gewerbes ihre Eintragung in das Verzeichnis gem. § 19 Handwerksordnung und Antragsteller der Gärtnerberufe ihre Eintragung in das Verzeichnis der Landwirtschaftskammer nachzuweisen, dass er selbst oder sein fachlicher Vertreter die Meisterprüfung oder einen vergleichbaren anerkannten beruflichen Abschluss abgelegt hat.
- 4. Sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung anderer als in Abs. 1 genannten Tätigkeiten gestattet werden, wenn dies mit dem

<p>5. Die Friedhofsverwaltung hat die Zulassung davon abhängig zu machen, dass der Antragsteller einen für die Ausführung seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.</p> <p>6. Die Zulassung erfolgt durch Ausstellung einer Berechtigungskarte. Die zugelassenen Gewerbetreibenden haben für ihre Bediensteten einen Bedienstetenausweis auszustellen. Die Zulassung und der Bedienstetenausweis sind dem aufsichtsberechtigten Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen. Die Zulassung kann befristet werden.</p> <p>7. Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.</p> <p>8. Gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen nur nach Absprache mit der Friedhofsverwaltung werktags ausgeführt werden. Die Arbeiten sind spätestens um 19.00 Uhr, an Samstagen und Werktagen vor Feiertagen spätestens um 13.00 Uhr zu beenden. Soweit Öffnungszeiten nicht festgelegt sind, dürfen die Arbeiten in den Monaten März bis Oktober nicht vor 6.00 Uhr und in den Monaten November bis Februar nicht vor 7.00 Uhr begonnen werden. Die Friedhofsverwaltung kann Veränderungen der Arbeitszeiten zulassen. Ausnahmen bei Erfordernis nach § 8, Ziffer 4 sind zu beantragen.</p> <p>9. Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur an den von der Friedhofsverwaltung genehmigten Stellen gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Abräum-, Rest- und Verpackungsmaterial der an den Friedhöfen gewerblich tätigen Personen, wie z.B. alte Fundamente, Einfassungen, Grabmale, Erde, Folien und Styroporplatten sind von den jeweiligen Gewerbetreibenden zu entfernen. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.</p> <p>10. Die Friedhofsverwaltung kann die Zulassung der Gewerbetreibenden</p>	<p>Friedhofszweck vereinbar ist. Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 gelten entsprechend.</p> <p>5. Die Friedhofsverwaltung hat die Zulassung davon abhängig zu machen, daß der Antragsteller einen für die Ausführung seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.</p> <p>6. Die Zulassung erfolgt durch Ausstellung einer Berechtigungskarte. Die zugelassenen Gewerbetreibenden haben für ihre Bediensteten einen Bedienstetenausweis auszustellen. Die Zulassung und der Bedienstetenausweis sind dem aufsichtsberechtigten Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen. Die Zulassung kann befristet werden.</p> <p>7. Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.</p> <p>8. Gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen nur nach Absprache mit der Friedhofsverwaltung werktags ausgeführt werden. Die Arbeiten sind spätestens um 19.00 Uhr, an Samstagen und Werktagen vor Feiertagen spätestens um 13.00 Uhr zu beenden. Soweit Öffnungszeiten nicht festgelegt sind, dürfen die Arbeiten in den Monaten März bis Oktober nicht vor 6.00 Uhr und in den Monaten November bis Februar nicht vor 7.00 Uhr begonnen werden. Die Friedhofsverwaltung kann Veränderungen der Arbeitszeiten zulassen. Ausnahmen bei Erfordernis nach § 8, Ziffer 4 sind zu beantragen.</p> <p>9. Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur an den von der Friedhofsverwaltung genehmigten Stellen gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.</p> <p>10. Die Friedhofsverwaltung kann die Zulassung der Gewerbetreibenden, die gegen die Vorschriften der Friedhofssatzung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise</p>
---	---

den, die gegen die Vorschriften der Friedhofssatzung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, auf Zeit oder Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen.

§ 8 Anzeigepflicht

1. Jede Bestattung ist bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen.
2. Wird eine Bestattung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
3. Soll eine Urnenbestattung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
4. Die Bestattungen erfolgen regelmäßig an Werktagen. Folgen zwei Feiertage aufeinander, so kann die Bestattung auch am zweiten Feiertag stattfinden.
5. Erdbestattungen und Einäscherungen sollen in der Regel spätestens 96 Stunden nach Eintritt des Todes erfolgen. Urnen müssen spätestens 2 Monate nach der Einäscherung bestattet werden, anderenfalls werden sie auf Kosten des Bestattungspflichtigen in einer Urnengrabstätte bestattet

§ 9 Särge

1. Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, daß jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Särge, Sargausstattungen und Sargabdichtungen dürfen nicht aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt sein.
2. Die Särge dürfen höchstens 2,10 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der

se nicht mehr gegeben sind, auf Zeit oder Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen.

§8 Anzeigepflicht und Bestattungszeit

1. Jede Bestattung ist bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen.
2. Wird eine Bestattung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
3. Soll eine Urnenbestattung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
4. Die Bestattungen erfolgen regelmäßig an Werktagen. Folgen zwei Feiertage aufeinander, so kann die Bestattung auch am zweiten Feiertag stattfinden.
5. Erdbestattungen und Einäscherungen sollen in der Regel spätestens 96 Stunden nach Eintritt des Todes erfolgen. Urnen müssen spätestens 2 Monate nach der Einäscherung bestattet werden, anderenfalls werden sie auf Kosten des Bestattungspflichtigen in einer Urnengrabstätte bestattet.

§ 9 Särge

1. Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, daß jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Särge, Sargausstattungen und Sargabdichtungen dürfen nicht aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt sein.
2. Die Särge dürfen höchstens 2,10 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der

Anmeldung der Bestattung einzuholen.

§ 10 Ausheben der Gräber

1. Die Gräber werden von den jeweiligen Bestattern oder von ihnen Beauftragten ausgehoben und wieder verfüllt.
2. Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
3. Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

§ 11 Ruhezeit

Die Ruhezeit für Erd- und Urnenbestattungen beträgt 20 Jahre. Ein Grab darf neu belegt oder anderweitig verwendet werden, wenn die Ruhezeit abgelaufen ist.

Grabmäler dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes nur mit der Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.

§ 12 Umbettungen

1. Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
2. Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden
3. Alle Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen der Verfügungsberechtigte Angehörige des Verstor-

Anmeldung der Bestattung einzuholen.

§ 10 Ausheben der Gräber

1. Die Gräber werden von den jeweiligen Bestattern oder von ihnen Beauftragten ausgehoben und wieder verfüllt.
2. Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
3. Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

§ 11 Ruhezeit

Die Ruhezeit für Erd- und Urnenbestattungen beträgt 20 Jahre. Ein Grab darf neu belegt oder anderweitig verwendet werden, wenn die Ruhezeit abgelaufen ist.

§ 12 Umbettungen

1. Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
2. Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden
3. Alle Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen der Verfügungsberechtigte Angehörige des Ver-

benen.

4. Alle Umbettungen sind durch die damit beauftragten Bestattungsunternehmen durchzuführen.
5. Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Gräbern und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat der Antragsteller zu tragen.
6. Der Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
7. Eine Ausgrabung von Leichen oder Urnen zu anderen Zwecken als zur Umbettung darf nur aufgrund behördlicher oder richterlicher Anordnung erfolgen.

§ 13 Arten der Grabstätten

1. Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofseigentümers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
2. Die Grabstätten werden unterschieden in
 - a) **Grabstätten für Erdbestattungen (Einzelgrab, Doppelgrab),**
 - b) **Grabstätten für halbanonyme Erdbestattungen**
 - c) Urnengrabstätten (bis zu 4 Urnen),
 - d) anonyme Urnengrabstätten,
 - d) halbanonyme Urnengrabstätten
3. Es besteht kein Anspruch auf Erwerb des Nutzungsrechtes an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.
4. **In Absprache mit der Friedhofsverwaltung ist ein Erwerb einer Grabstätte als Vorsorge möglich. Die Pflege übernimmt der Nutzungsberechtigte.**

storbenen.

4. Alle Umbettungen sind durch die damit beauftragten Bestattungsunternehmen durchzuführen.
5. Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Gräbern und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat der Antragsteller zu tragen.
6. Der Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
7. Eine Ausgrabung von Leichen oder Urnen zu anderen Zwecken als zur Umbettung darf nur aufgrund behördlicher oder richterlicher Anordnung erfolgen.

§13 Arten der Grabstätten

1. Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofseigentümers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
2. Die Grabstätten werden unterschieden in
 - a) Reihengrabstätten,
 - b) Wahlgrabstätten,
 - c) Urnenreihengrabstätten,
 - d) anonyme Urnengrabstätten,
3. Es besteht kein Anspruch auf Erwerb des Nutzungsrechtes an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

§ 14 Reihengrabstätten

§ 14
Einzelgrabstätten

1. Einzelgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die nur im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden zugeteilt werden.
2. Über die Zuteilung wird eine Nutzungsurkunde erteilt.
3. Bruttofläche: Länge: 2,40 m
Breite: 1,00 m – 2,00 m (nach örtlichem Platz)
Einfassung: Länge: 1,60 m
Breite: 0,60 m
Nutzungsmöglichkeit: Einzelgrab Erdbestattung mit oder ohne Urnenzubelegung (1 Urne)

§ 15
Doppelgrabstätten

1. Doppelgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird. Nutzungsrechte an Doppelgrabstätten werden nur anlässlich eines Todesfalles verliehen.
2. Das Nutzungsrecht kann wieder erworben werden. Ein Wiedererwerb ist für die gesamte Doppelgrabstätte möglich.
3. Doppelgrabstätten werden als zwei oder mehrstellige Grabstätten vergeben. Die jeweilige Größeneinteilung ist den Gegebenheiten der einzelnen Friedhöfe anzupassen.
4. Das Nutzungsrecht entsteht mit Aushändigung der Nutzungsurkunde.
5. Während der Nutzungszeit darf eine weitere Bestattung nur stattfinden, wenn ein Nutzungsrecht für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit wiedererworben worden ist.

1. Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und nur im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden zugeteilt werden..
2. Über die Zuteilung wird eine Nutzungsurkunde erteilt. Ein Wiedererwerb an der Reihengrabstätte ist nicht möglich. Die Maße der Einfassungen von Reihengrabstätten betragen: 160 x 60 cm.
3. In jeder Reihengrabstätte darf nur ein Toter bestattet werden. Das Beordnen von einer Urne ist nicht möglich. Ausnahmen sind zulässig bei Wöchnerinnen mit Neugeborenen und bei Kindern unter einem Jahr. Es ist jedoch zulässig, in einer Reihengrabstätte die Leichen von gleichzeitig verstorbenen Geschwistern unter 5 Jahren zu bestatten.

§ 15
Wahlgrabstätten

1. Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird. Nutzungsrechte an Wahlgrabstätten werden nur anlässlich eines Todesfalles verliehen.
2. Das Nutzungsrecht kann wieder erworben werden. Ein Wiedererwerb ist für die gesamte Wahlgrabstätte möglich.
3. Wahlgrabstätten werden als zwei oder mehrstellige Grabstätten vergeben. Die jeweilige Größeneinteilung ist den Gegebenheiten der einzelnen Friedhöfe anzupassen.
4. Das Nutzungsrecht entsteht mit Aushändigung der Nutzungsurkunde.
5. Während der Nutzungszeit darf eine weitere Bestattung nur stattfinden, wenn ein Nutzungsrecht für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit wiedererworben worden ist..
6. Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grab-

6. Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.

7. **Bruttofläche:** Länge: 2,40 m
Breite: 2,40 m – 3,00 m (nach örtlichem Platz)
Einfassung: Länge: 1,60 m
Breite: 2,00 m
Nutzungsmöglichkeit: Doppelgrab für 2 Bestattungen mit oder ohne Urnenzubelegung (2 Urnen)

§ 16 Urnengrabstätten

Urnen dürfen beigesetzt werden in Urnenreihengrabstätten, anonymen und halbanonymen Urnengrabstätten.

1. **Urnenreihengrabstätten** sind Aschengrabstätten, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung abgegeben werden. Über die Abgabe wird eine Nutzungsurkunde ausgehändigt. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechtes ist möglich.

Bruttofläche: Länge: 1,20 m
Breite: 1,20 m – 1,60 m (nach örtlichem Platz)
Einfassung: Länge: 1,00 m
Breite: 1,00 m

Nutzungsmöglichkeit: Urnenbelegung bis zu 4 Urnen

2. Für **anonyme Urnenbeisetzungen** stellt die Gemeinde Am Mellensee in ihrem Ortsteil Saalow eine von ihr gestaltete und gepflegte Anlage zur Verfügung. Es ist eine geschlossene Rasenfläche, auf der dicht nebeneinander bestattet wird. Die einzelnen Grabstätten werden innerhalb der Grabfelder nicht gekennzeichnet. Grabkennzeichen wie Grabhügel, Grabmale, Einfassungen oder An-

stätte möglich.

7. Das Beiordnen von höchstens zwei Urnen ist möglich.

§ 16 Urnengrabstätten

Urnen dürfen beigesetzt werden in
Urnenreihengrabstätten,
anonymen Urnengrabstätten,

1. Urnenreihengrabstätten sind Aschengrabstätten, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung abgegeben werden. Über die Abgabe wird eine Nutzungsurkunde ausgehändigt. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechtes ist möglich. In einer Urnenreihengrabstätte können bis zu vier Urnen bestattet werden.
2. Urnengrabstätten sind für Urnenbestattungen bestimmte Grabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird.
3. Soweit sich nicht aus der Friedhofssatzung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für die Reihengrabstätten und die Wahlgrabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten.
4. Ausnahmen regeln sich nach § 15, Ziffer 7.
5. Für anonyme Urnenbeisetzungen stellt die Gemeinde Am Mellensee in ihrem Ortsteil Saalow eine von ihr gestaltete und gepflegte Anlage zur Verfügung.

pflanzungen sind nicht gestattet.

Eine Ausgrabung oder Umbettung dieser beigesetzten Urnen ist nicht möglich.

- 3. Halbanonyme Urnenbeisetzungen sind in den dafür vorgesehenen Anlagen möglich. Diese werden durch die Gemeinde am Mellensee gestaltet und gepflegt. Die Bestattung erfolgt der Reihe nach.**

Angehörige können an der Beisetzungszeremonie teilnehmen. Halbanonyme Grabstätten müssen mit einer dafür festgelegten Schriftplatte versehen werden. Die Schriftplatte ist mit Vor- und Zunamen, Geburts- und Sterbejahr versehen. Entgegen der anonymen Urnenbeisetzung können bei der halbanonymen Urnenbeisetzung Blumen oder kleinerer Grabschmuck abgelegt werden.

- 4. Halbanonyme Erdbestattungen sind in den dafür vorgesehenen Anlagen möglich. Diese werden durch die Gemeinde am Mellensee gestaltet und gepflegt. Die Bestattung erfolgt der Reihe nach.**

Angehörige können an der Beisetzungszeremonie teilnehmen. Halbanonyme Erdgrabstätten müssen mit einer dafür festgelegten Schriftplatte versehen werden. Die Schriftplatte ist mit Vor- und Zunamen, Geburts- und Sterbejahr versehen. Die Grabstätte kann im Bereich der Schriftplatte mit Blumen oder kleinerem Grabschmuck versehen werden.

§ 17 Gestaltungsvorschriften

1. Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und der Zweck dieser Satzung sowie die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.
2. Die einzelnen Abteilungen werden im Belegungsplan der Friedhöfe

§ 17 Gestaltungsvorschriften

1. Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und der Zweck dieser Satzung sowie die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.
2. Die einzelnen Abteilungen werden im Belegungsplan der Friedhöfe ausgewiesen.
3. Der Baumbestand auf den Friedhöfen steht unter besonderem

ausgewiesen.

3. Der Baumbestand auf den Friedhöfen steht unter besonderem Schutz. Es gilt die Satzungen der Gemeinde Am Mellensee zum Schutz von Bäumen und Sträuchern (Baumschutzsatzungen) in der jeweils geltenden Fassung.
4. Die Grabstätten sollen nach Möglichkeit in ihrer gesamten Fläche bepflanzt werden.
5. Anpflanzungen außerhalb der Grabstätte sind unzulässig.
6. Unzulässig ist das Pflanzen von Bäumen oder großwüchsigen Sträuchern über 1,00 m, das Einfassen der Grabstätte mit Feld – und Ziegelsteinen, Metall, Kunststoffen, Glas oder ähnlichem, das Errichten von Rankgerüsten, Gittern oder Pergolen und Holzkreuzen.
7. Grabmale dürfen nur von Steinmetz- und Steinbildhauerbetrieben oder anerkannten Handwerksbetrieben errichtet werden. Sie sind nach den anerkannten Regeln des Handwerks so aufzustellen, dass die öffentliche Sicherheit auf dem Friedhof gewährleistet ist.
8. Grabmale und Einfassungen sind werkgerecht durchzubilden und nach Form, Maßstab, Werkstoff und Farbe der Würde des Ortes entsprechend zu gestalten. Ihre Maße müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zur Größe der Grabstätte stehen.

§ 18

Höchstmaße für Grabmale

1. Grabmale auf Kinder-, Reihen-, Urnen- und Wahlgräbern sollen folgende Höchstmaße, einschließlich Einfassungen nicht überschreiten:

a) Kindergräber	70 cm hoch
b) Einzelgräber	110 cm hoch
c) Doppelgräber	150 cm hoch
d) Urnen	110 cm hoch

Schutz. Es gilt die Satzungen der Gemeinde Am Mellensee zum Schutz von Bäumen und Sträuchern (Baumschutzsatzungen) in der jeweils geltenden Fassung.

4. Die Grabstätten sollen nach Möglichkeit in ihrer gesamten Fläche bepflanzt werden.
5. Anpflanzungen außerhalb der Grabstätte sind unzulässig.
6. Unzulässig ist das Pflanzen von Bäumen oder großwüchsigen Sträuchern über 100 cm, das Einfassen der Grabstätte mit Feld – und Ziegelsteinen, Metall, Kunststoffen, Glas oder ähnlichem, das Errichten von Rankgerüsten, Gittern oder Pergolen und Holzkreuzen.
7. Grabmale dürfen nur von Steinmetz- und Steinbildhauerbetrieben errichtet werden. Sie sind nach den anerkannten Regeln des Handwerks so aufzustellen, dass die öffentliche Sicherheit auf dem Friedhof gewährleistet ist.

Für Grabmale dürfen nur Natursteine verwendet werden. Findlinge, findlingsähnliche Grabmale sind nicht zugelassen.

8. Grabmale und Einfassungen sind werkgerecht durchzubilden und nach Form, Maßstab, Werkstoff und Farbe der Würde des Ortes entsprechend zu gestalten. Ihre Maße müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zur Größe der Grabstätte stehen.

§ 18

Höchstmaße für Grabmale

1. Grabmale auf Kinder-, Reihen-, Urnen- und Wahlgräbern sollen folgende Höchstmaße, einschließlich Einfassungen nicht überschreiten:

a) Kindergräber	70 cm hoch
b) Reihengräber	110 cm hoch
c) Wahlgräber	150 cm hoch
d) Urnen	110 cm hoch

e) halbanonyme Urnen festgelegte Schriftplatte

f) halbanonyme Einzelstellen festgelegte Schriftplatte

Die Materialstärke des Grabmales soll mindestens 12 cm betragen.

Ausnahmen können auf Antrag durch die Friedhofsverwaltung zugelassen werden.

§ 19

Zustimmungserfordernis

1. Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Auch provisorische Grabmale sind zustimmungspflichtig, sofern sie größer als 0,15 m x 0,30 m sind. Der Antragsteller hat bei Einzel-/Doppelgrabstätten/Urnenreihengrabstätten die Urkunde über den Erwerb vorzulegen und sein Nutzungsrecht nachzuweisen.
2. Den Anträgen ist zweifach beizufügen:
 - a) der Grabmalentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Fundamentierung.
 - b) Soweit es zum Verständnis erforderlich ist, Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1:1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung.
3. Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.
4. Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach der Zustimmung errichtet worden ist.

Die Materialstärke des Grabmales soll mindestens 12 cm betragen. Ausnahmen können auf Antrag durch die Friedhofsverwaltung zugelassen werden.

§ 19

Zustimmungserfordernis

1. Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Auch provisorische Grabmale sind zustimmungspflichtig, sofern sie größer als 0,15 m x 0,30 m sind. Der Antragsteller hat bei Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten die Urkunde über den Erwerb vorzulegen, bei Wahlgrabstätten sein Nutzungsrecht nachzuweisen.
2. Den Anträgen ist zweifach beizufügen:
 - a) der Grabmalentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Fundamentierung.
 - b) Soweit es zum Verständnis erforderlich ist, Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1:1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung.
3. Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.
4. Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach der Zustimmung errichtet worden ist.

§ 20
Fundamentierung und Befestigung

1. Die Grabmale sind nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
2. Die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente, bestimmt die Friedhofsverwaltung gleichzeitig mit der Zustimmung nach § 19. Die Friedhofsverwaltung kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist.
3. Die Steinstärke muss die Standfestigkeit der Grabmale gewährleisten.

§ 21
Unterhaltung der Grabmale und Grabeinfassungen

1. Grabmale und Einfassungen sind entsprechend ihrer Größe dauerhaft zu gründen und auf der Gründung zu befestigen und in einem guten Zustand zu halten.
2. Die Verantwortlichen sind verpflichtet, die Grabmale auf ihre Standsicherheit zu prüfen. Grabmale, die umzustürzen drohen oder wesentliche Zeichen der Zerstörung aufweisen, sind zu befestigen.
3. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen zu entfernen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügt als Aufforderung ein

§ 20
Fundamentierung und Befestigung

- 1 Die Grabmale sind nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
- 5
- 2 . Die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente, bestimmt die Friedhofsverwaltung gleichzeitig mit der Zustimmung nach § 19. Die Friedhofsverwaltung kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist.
2. Die Steinstärke muss die Standfestigkeit der Grabmale gewährleisten.

§ 21
Unterhaltung der Grabmale und Grabeinfassungen

1. Grabmale und Einfassungen sind entsprechend ihrer Größe dauerhaft zu gründen und auf der Gründung zu befestigen und in einem guten Zustand zu halten.
2. Die Verantwortlichen sind verpflichtet, die Grabmale auf ihre Standsicherheit zu prüfen. Grabmale, die umzustürzen drohen oder wesentliche Zeichen der Zerstörung aufweisen, sind zu befestigen.
3. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen zu entfernen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügt als Aufforderung ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Mo-

Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

4. Die Verantwortlichen haften für alle durch mangelnde Standsicherheit der Grabmale verursachten Personen-oder Sachschäden.
5. Bei Gefahr im Verzuge kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten der Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegung von Grabmalen) durchführen.

§ 22 Entfernung

1. Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabsteine und Einfassungen nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.
2. Nach Ablauf der Ruhezeit bei Einzelgrabstätten/Urnenreihengrabstätten oder nach Ablauf der Nutzungszeit bei Doppelgrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind Grabmale und sonstige bauliche Anlagen zu entfernen. Geschieht dies nicht binnen drei Monaten, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren. Sofern Grabstätten von der Friedhofsverwaltung abgeräumt werden, hat der jeweilige Nutzungsberechtigte die Kosten zu tragen.
3. Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, ohne ihre Zustimmung aufgestellte Grabmale einen Monat nach Benachrichtigung des Inhabers auf dessen Kosten entfernen zu lassen.

§ 23 Herrichtung und Unterhaltung

1. Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 18 hergerichtet und dauernd in Stand gehalten werden. Dies gilt entspre-

nat aufgestellt wird.

4. Die Verantwortlichen haften für alle durch mangelnde Standsicherheit der Grabmale verursachten Personen-oder Sachschäden.
5. Bei Gefahr im Verzuge kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten der Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegung von Grabmalen) durchführen.

§ 22 Entfernung

1. Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabsteine und Einfassungen nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.
2. Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten oder nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind Grabmale und sonstige bauliche Anlagen zu entfernen. Geschieht dies nicht binnen drei Monaten, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren. Sofern Grabstätten von der Friedhofsverwaltung abgeräumt werden, hat der jeweilige Nutzungsberechtigte die Kosten zu tragen.
3. Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, ohne ihre Zustimmung aufgestellte Grabmale einen Monat nach Benachrichtigung des Inhabers auf dessen Kosten entfernen zu lassen.

§ 23 Herrichtung und Unterhaltung

1. Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 18 hergerichtet und dauernd in Stand gehalten werden. Dies gilt entspre-

<p>chend für den Grabschmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von der Grabstätte zu entfernen</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Die Gestaltung der Gräber ist dem Gesamtcharakter des Friedhofes, dem besonderen Charakter des Friedhofsteiles und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen. 3. Für die Herrichtung und die Instandhaltung ist bei Reihengrabstätten/ Urnenreihengrabstätten der Inhaber der Urkunde über den Erwerb, bei Wahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung zur Pflege erlischt mit dem Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts. 4. Die Herrichtung und jede wesentliche Änderung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Der Antragsteller hat bei Einzelgrabstätten/ Urnenreihengrabstätten die Urkunde über den Erwerb vorzulegen, bei Doppelgrabstätten sein Nutzungsrecht nachzuweisen. 5. Grabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Bestattung hergerichtet werden. 6. Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung. 7. Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmittel bei der Grabpflege ist nicht gestattet. 	<p>chend für den Grabschmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von der Grabstätte zu entfernen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Die Gestaltung der Gräber ist dem Gesamtcharakter des Friedhofes, dem besonderen Charakter des Friedhofsteiles und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen. 3. Für die Herrichtung und die Instandhaltung ist bei Reihengrabstätten/ Urnenreihengrabstätten der Inhaber der Urkunde über den Erwerb, bei Wahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung zur Pflege erlischt mit dem Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts. 4. Die Herrichtung und jede wesentliche Änderung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Der Antragsteller hat bei Reihengrabstätten/ Urnenreihengrabstätten die Urkunde über den Erwerb vorzulegen, bei Wahlgrabstätten sein Nutzungsrecht nachzuweisen. 5. Grabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Bestattung hergerichtet werden. 6. Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung. 7. Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmittel bei der Grabpflege ist nicht gestattet. 8. Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, im Grabschmuck und bei Grabbefassungen sowie bei Pflanzenzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwandt werden. Ausgenommen sind Grabvasen, Markierungszeichen und Gießkannen.
--	---

§ 24
Vernachlässigung der Grabpflege

1. Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Verantwortliche nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen.
2. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird der unbekannte Verantwortliche durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen.
3. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung
 - a) die Grabstätte abräumen, einebnen
 - b) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen beseitigen lassen.

§ 25
Benutzung der Trauerhalle

1. Die Trauerhallen dienen der Aufnahme der Toten bis zur Bestattung. Sie dürfen nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung und in Begleitung eines Mitarbeiters der Gemeinde Am Mellensee oder eines Beauftragten betreten werden.

Die Trauerhallen sind Eigentum der Gemeinde und dienen ausschließlich der Bestattungszeremonie.

§ 26
Trauerfeier

1. Die Trauerfeiern können in einem dafür bestimmten Raum, am Grab oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abge-

§ 24
Vernachlässigung der Grabpflege

1. Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Verantwortliche nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen.
2. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird der unbekannte Verantwortliche durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen.
3. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung
 - a) die Grabstätte abräumen, einebnen
 - b) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen beseitigen lassen.

§ 25
Benutzung der Trauerhalle

1. Die Trauerhallen dienen der Aufnahme der Toten bis zur Bestattung. Sie dürfen nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung und in Begleitung eines Mitarbeiters der Gemeinde Am Mellensee oder eines Beauftragten betreten werden.

§ 26
Trauerfeier

- 1 Die Trauerfeiern können in einem dafür bestimmten Raum, am Grab oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abge-

halten werden.

2. Die Benutzung der Feierhalle kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

§ 27 Alte Rechte

1. Bei Grabstätten, über welche die Friedhofsverwaltung bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits Verfügungsberechtigt war, richtet sich die Ruhefrist nach den Vorschriften dieser Satzung.
2. Die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung entstandenen Nutzungsrechte werden nunmehr dieser Satzung unterworfen. Sie enden jedoch nicht vor Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Satzung. Nach Ablauf dieser Frist müssen Grabstätten, falls sie weiter benutzt werden sollen, nach Maßgabe der geltenden Gebührenordnung neu erworben werden.
3. Im anderen Falle fallen die Grabstätten an den Friedhofsträger zurück.

§ 28 Haftung

Die Gemeinde Am Mellensee haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten. Im übrigen haftet die Gemeinde Am Mellensee nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften der Amtshaftung bleiben unberührt.

halten werden.

2. Die Benutzung der Feierhalle kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.
3. Jede Musik- und jede Gesangsdarbietung auf den Friedhöfen bedarf der vorherigen Anmeldung bei der Friedhofsverwaltung.

§ 27 Alte Rechte

1. Bei Grabstätten, über welche die Friedhofsverwaltung bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits Verfügungsberechtigt war, richtet sich die Ruhefrist nach den Vorschriften dieser Satzung.
2. Die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung entstandenen Nutzungsrechte werden nunmehr dieser Satzung unterworfen. Sie enden jedoch nicht vor Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Satzung. Nach Ablauf dieser Frist müssen Grabstätten, falls sie weiter benutzt werden sollen, nach Maßgabe der geltenden Gebührenordnung neu erworben werden.
3. Im anderen Falle fallen die Grabstätten an den Friedhofsträger zurück.

§ 28 Haftung

Die Gemeinde Am Mellensee haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihm obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten. Im übrigen haftet die Gemeinde Am Mellensee nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften der Amtshaftung bleiben unberührt.

**§ 29
Gebühren**

Für die Benutzung der Friedhöfe und seiner Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

**§ 30
Ordnungswidrigkeiten**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. die bekanntgegebenen Öffnungszeiten missachtet oder entgegen einer Anordnung der Gemeinde den Friedhof betritt (§ 5)
2. den Bestimmungen über das Verhalten auf dem Friedhof zuwiderhandelt (§ 6)
3. die Bestimmungen über die gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof nicht beachtet (§7)
4. Bestattungen nicht unverzüglich bei der Gemeinde anzeigt (§ 8)
5. den Bestimmungen über Umbettungen zuwiderhandelt (§ 12)
6. die Bestimmungen über die Gestaltungsvorschriften nicht beachtet (§§17;18;20)
7. ohne vorherige Zustimmung der Gemeinde Grabmale oder bauliche Anlagen errichtet oder verändert (§19) oder entfernt (§ 22)
8. die Bestimmungen über die Herrichtung und Unterhaltung nicht beachtet (§23)
9. Grabstätten vernachlässigt (§24).

(2) Ordnungswidrigkeiten nach dieser Satzung können nach den Best-

**§ 29
Gebühren**

Für die Benutzung der Friedhöfe und seiner Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

**§ 30
In-Kraft-Treten**

1. Diese Satzung tritt am 01.04.2005 in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die Satzung über das Friedhofs - und Bestattungswesen des Amtes Am Mellensee (Friedhofssatzung) vom 19.11.1997 außer Kraft.

Am Mellensee, OT Sperenberg, 08.03.2005
Donath
Bürgermeister

immungen des
Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OwiG) in der jeweils gültigen
Fassung mit einer
Geldbuße bis zu 1.000 € geahndet werden, soweit sie nicht nach
Bundes- oder Landesrecht
mit Strafen oder Geldbuße bedroht sind.

§ 31
In-Kraft-Treten

1. Diese Satzung tritt am in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die Satzung über das Friedhofs - und Bestattungswesen der Gemeinde Am Mellensee (Friedhofssatzung) vom 01.04.2005 außer Kraft.

Am Mellensee,

F. Broshog
Bürgermeister

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Friedhofssatzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung kann gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a)** eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b)** die Satzung ist nicht ordentlich öffentlich bekannt gemacht,
- c)** der Bürgermeister hat den Beschluss der Gemeindevertretung vorher beanstandet,
- d)** der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Vorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel betrifft.